



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 2,50 M., bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Jahresbeleg 12 M., halbjährlich 6 M., vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. 20 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Bei Familien- und Vereinstellungen 10% Rabatt. Inland für den Postweg 10 Pf. Ausland 15 Pf. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 5. Februar 1919

Nummer 63

Die Regierung des Arbeitermordes.

Bremen.

Die Regierungsorgane veröffentlichen Kampfbefehle vom inneren Kriegsschauplatz. Die bürgerliche Presse triumphiert. Neuer Blutauswurf, neue Sensationen. Die Kanonen donnern. Truppen marschieren, manövrieren, stürmen Ortshäuser. Neuer Krieg? Jawohl. Krieg gegen das eigene Volk, Krieg gegen die Arbeiter, Krieg gegen die Träger der Revolution.

Diesmal ist Bremen an der Reihe. Trotz des ungeheuer provokatorischen Auftretens der Berliner Regierung, insbesondere Roskes, konnte man immer noch hoffen, daß es in Bremen nicht zum Blutvergießen kommen würde. Die Regierung hat es anders gewollt. Sie hat die Warnungen und Bitten ihrer eigenen Anhänger in den Wind geschlagen. Sie hat ihre Forderungen immerfort gesteigert.

Wir wiederholen nochmals, daß eine friedliche Einigung schon längst möglich gewesen wäre, wenn die Berliner Regierung sie gewollt hätte. Die Bremer Arbeiterschaft war bereit, die Waffen an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen abzuliefern. Die Bremer Regierung war bereit, zurückzutreten und einer neuen Regierung Platz zu machen, die unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien, nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des A- und S-Rates, paritätisch zusammengestellt sein sollte.

Die Regierung ging auf diese Bedingungen nicht ein. Sie verlangte vielmehr, daß die Waffen an die Division Gerstenberg abgeliefert und daß eine neue Bremer Regierung auf Grund des Stimmverhältnisses der Nationalratswahlen gebildet werden sollte. Diese beiden Differenzpunkte zeigen den Abstand zwischen der Regierung Roske und der Bremer Arbeiterschaft. Diese hat den Forderungen der Regierung das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Sie konnte und durfte aber ihre Waffen nicht an die herangezogenen Weissen Gardon abliefern, die keine Gewähr für die Erfüllung der an sie gestellten Forderungen boten. Der Berliner Regierung war es aber gerade darum zu tun, die militärische Macht in die Hände ihrer Briegelsweize und Biehwitze zu legen, um mit ihrer Hilfe die so heißersehnte Koalition mit dem Bürgertum auch in Bremen zu etablieren zu können.

Dies ist der springende Punkt des ganzen Konflikt. Wenn die Kanonen der Weissen Gardon Bremen bombardiert haben, ist dies Opfer von der Bremischen Arbeiterschaft gefordert worden, so geschah es nicht deshalb, weil in Bremen "Unordnung" herrschte oder gar die heilige bürgerliche Ordnung ernstlich bedroht war. Es geschah deshalb, weil die Regierung Ebert-Roske den Boden verlassen hat, auf dem sie entstanden ist. Geboren aus der Erhebung der Arbeiter- und Soldatenmassen, hat diese Regierung, die ihre Alleinherrschaft erhält, die Interessen dieser Massen verkauft und verraten und sich zur Geschäftsführerin der bürgerlichen Reaktion gemacht.

Deshalb will sie es nicht dulden, daß die Arbeiter ihre Waffen an die Soldatenräte ihres Bezirks abgeben, denn sie fürchtet diese Soldaten nicht minder, wie sie die Arbeiter, ohne Unterschied der Richtung, fürchtet. Und deshalb will sie es auch nicht dulden, daß die Regierung Bremens paritätisch aus Vertretern der sozialistischen Parteien, also der Arbeiter, gebildet werde. Sie fürchtet die Macht der Arbeiter nicht minder wie den Sozialismus und versteckt sich, um ihren Verrat zu maskieren, hinter den formalen Vorwand des Stimmverhältnisses der Nationalratswahlen, dem sie angeblich zum Durchbruch verbleiben will.

Nun wissen es die Arbeiter, weshalb die Weissen Gardon gegen ihre Bremer Brüder marschieren, weshalb Ströme von Arbeiterblut vergossen werden! Es geschieht im Namen jener eigenartigen "Demokratie", die die Regierung Ebert-Roske zu ihrem Banner erhoben hat. Jener "Demokratie", die es angeblich verlangt, daß die Arbeiter entwaffnet, geknebelt, massakriert werden, damit die ans Herrschen gewöhnten Herren der Bourgeoisie wieder in die Regierungsbücher und Rathäuser einziehen können.

Um ihren Verrat zu rechtfertigen, leitet die Regierung ihren ganzen Lügenapparat in Bewegung. Der "Vorwärts" schreibt in seiner gestrigen Abendausgabe:

"Die Abmachungen, die mit den Vertretern Bremens in der Sonntagnacht geschlossen worden sind, sind von den Bremer Sozialisten nicht angenommen worden. Die Regierung ist entschlossen, die Entlohnung durchzuführen. Daraus ergibt sich der Zwang zum Einmarsch, der heute vormittag 9 Uhr begonnen hat. Die Reichsregierung hofft, daß ihre Absichten keine nennenswerten Widerstände finden werden."

Ein gestern verbreitetes Wolff-Telegramm, das in ähnlichem Sinne gehalten ist, spricht sogar von Abmachungen, die von den Bremern "nicht eingehalten" worden seien.

Welche Abmachungen sind von den Bremern nicht gehalten worden? Aus welchen Verhältnissen heraus ergab sich die Abmachung zum Einmarsch? Welche Sprache! Aufklärung ist auch notwendig über folgende Äußerung der offiziellen "Vol. Parl. Nachrichten":

"Charakteristisch ist, daß die Mehrheitssozialisten, die um des lieben Friedens willen einen Vermittlungsorschlag zwischen den Extremen und der Division Gerstenberg machten, infolge der kompromittierenden Unzuverlässigkeit und Unklarheit der Linkradikalen am Montag beim Stabe der Division Gerstenberg erklärten, daß sie den Einmarsch für unbedingt notwendig halten."

Welche Mehrheitssozialisten waren es, die sich an die Division Gerstenberg wandten? Welches Mandat hatten sie, im Namen der Bremer Mehrheitssozialisten zu sprechen, die bekanntlich in den letzten Tagen gemeinsam mit der gesamten bremischen Arbeiterschaft handelten! Wenn die Nachricht nicht glatt aus den Fingern geflohen ist, so kann es sich nur um einige jener Ehrenmänner handeln, über die der "Somb. Volkszeitung" am Montag aus Bremen folgendes telegraphiert wurde:

Einem Mitgliede der Verhandlungskommission erklärten Offiziere der Gerstenbergdivision, daß der Truppenaufmarsch gegen Bremen auf Wunsch der Bremer Abhängigen Führer erfolgt sei, die sich an Roske gewandt hätten.

Die Gerstenbergdivision hatte Befehl, Bremen unter allen Umständen (!) zu besetzen.

Wie indes große Teile der rechtssozialistischen Arbeiter denken, zeigt folgender Bericht aus Bremen, den das "Hamburger Echo", das Organ der Mehrheitsler, Montagabend veröffentlicht:

"Die Aktion der Regierung ist zweifellos überstürzt und geschieht zu dem denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Die Wahlen zur bremischen Volksvertretung stehen vor der Tür. Das Finanzkapital hat die Herrschaft der Volksbeauftragten besetzt, und wenn man schon an dem Begriff 'Ruhe und Ordnung' festhalten will, so ist diese gesichert. Es will einem nicht in den Kopf, warum die bremische Arbeiterschaft mit dem Gewehr in der Hand etwas verteidigen will, das schon gar nicht mehr besteht, und warum die Regierung eine Division anmarschieren läßt, die einen Rechtszustand herstellen soll, der schon eingeleitet ist. Ein weiteres Blutvergießen wäre der größte Wahnsinn. Wenn sich leichten Endes alles wieder auf die bekannten 'Widerstände' aufbaut, dann trifft die Teile eine fürchterliche Schuld, die nicht so schnell wie möglich den Entschluß fassen, die Aktion zurückzuschrauben. Vieles steht auf dem Spiel. Wir erkennen wohl die schwierige Lage der Regierung. Ihr Ansehen im In- und Ausland ist mit diesem Truppenaufmarsch verbunden, und ein Zurück würde sie in der Augen der bürgerlichen Welt herabziehen. Aber es leidt um. Sie ist eine sozialistische Regierung, und die Sympathie und die Liebe der Arbeiterschaft ist es, um die sie werben muß, die sie sich nicht verschmerzen darf."

Schärfer als es hier im "Hamburger Echo" geschieht, kann die Aktion der Regierung gar nicht gerandmarkt werden. Wie viel Lügen und Entstellungen sie auch hinstreut, mag sie ist gerichtet auch vor den Augen aller anständigen, klarschauenden Elemente in ihrer eigenen Partei.

In der gestrigen Sitzung der Zentralräte aller Armeekorps im Herrenhaus wurde das Votum der Regierung

gegen Bremen kurz verurteilt. In dem von der Befehlshaber der Division Gerstenberg geschickten Protesttelegramm an Roske heißt es u. a.:

"Die versammelten Zentralräte von 21 Armeekorps legen dem Oberkommandierenden nahe, die Vermittlungsvorschläge, die der Soldatenrat des 9. Armeekorps gemacht hat, anzunehmen, andernfalls die Regierung für das kommende Blutvergießen voll verantwortlich gemacht wird."

Dieser Protest wurde angenommen, noch ehe es bekannt war, daß die Kämpfe in Bremen begonnen hatten. Jetzt, wo die Einzelheiten dieser Kämpfe und die ganze Missetat der Regierung, bekannt sind, muß der Protest der Arbeiter und Soldaten gegen diese schandbedeckte Regierung zu neuen Taten ansporner, die sie von ihren Pflichten freisetzen.

Der Schlachtbericht.

Es. T. 2. 2. meldet über die Kämpfe in Bremen: Befehle gemäß haben die Regierungstruppen am Dienstag vormittag den Einmarsch in Bremen begonnen. Der Einmarsch hat sich planmäßig vollzogen. Um 6 Uhr war die Stadt im Besitz der Truppen, die das Rathaus, die Börse und andere wichtige Gebäude und Plätze der Stadt besetzt hält. Die Aufständischen haben das Rathaus keinen weiteren Zugang gehabt.

Ein weiterer Bericht besagt: Bereits im Laufe des vorgestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorpostenkämpfe im Landebereich und am Rande der Stadt an Umfang zu. Es kam zeitweilig zu lebhaften Kämpfen, in denen laut Mitteilung der Stadtkommandantur Bremen sieben Tote auf Seiten der Bremer und zwölf Tote auf Seiten der Division Gerstenberg gezählt wurden. Die Zahl der Verwundeten soll auf beiden Seiten etwa 40 Mann betragen. Seit gestern früh setzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ein. Die Arbeiterschaft verteidigte sich heroisch. Starker Geschützbeschuss und lebhaftes Maschinengewehrfeuer rollen durch die Stadt. Die Straßen und Plätze um das Rathaus herum sind abgesperrt, wodurch auch der Straßenbahnverkehr teilweise unterbunden wird.

Im neuen Rathaus ist das rote Kreuz untergebracht. Mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Domes, der Börse und des Rathauses ein. Das neue Rathaus erhielt Schrottreifer durch das Dach, ebenso der Nordturm des Domes in halber Höhe. 18 Uhr staute das Bombardement ab. Während dieser Zeit sah man die ersten Verwundeten in das Rathaus tragen. Aber die zweifelhafte beträchtlichen Verluste ist im Augenblick nicht näheres zu erfahren. Gegen 3 1/2 Uhr herrschte Ruhe.

Wie weiter gemeldet wird, hat die Arbeiterpartei in den ersten Nachmittagsstunden den Kampf als ausschließend eingestellt und den Rückzug in Richtung Groepelung angetreten. Einzelne Truppen verteidigten sich noch tapfer mutig im Innern der Stadt und an den Brückenübergängen. Verhandlungen wurden angestrebt. Um 4 Uhr setzte das Bombardement in aller Stärke wieder ein, die Arbeiter hatten die Ufergänge der Weser. Um 6 Uhr sind die Regierungstruppen in die Stadt einbezogen und haben das Markt, das Rathaus und die Börse besetzt.

Einzug unter Glodengeläute.

Aus Bremen wird weiter gemeldet: Nach einer Waffensstillstandspause von etwa einhalb Stunden lebte der Kampf gegen 6 Uhr wieder auf. Von neuem einschendendes Maschinengewehrfeuer kündigte die Fortdauer der Straßenkämpfe an. Inzwischen entfaltete das rote Kreuz eine rege Tätigkeit. Um 6 Uhr erreichten als erste von den Regierungstruppen das Bremer Freiwilligenkorps, unter lautem Jubel von der Weserbrücke kommend, den Marktplatz und nahen vom Rathaus Besitz. Die umliegenden Gebäude wurden sofort von den Patrouillen einer Durchsuchung unterzogen. Dann erfolgte der Einzug der Geschütze, Maschinengewehre und Panzerwagen, die auf dem Marktplatz aufzuziehen. Darauf ließ der Dom kein Geläute zu Ehren der Gefallenen erklingen, gleichzeitig aber auch, um der Verdäufung anzuzeigen, daß die Gewalt Herrschaft der Kommunisten in Bremen ihr Ende erreicht hat.

Ausbau des Räteystems!

Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Funktionen.

R. H. Wir haben schon einmal auf den spontanen Ursprung des Räteystems hingewiesen und auf seine internationale Verbreitung. Das allein beweist schon, daß es nicht zufälligen Einflüssen seinen Ursprung verdankt, sondern ein bestimmtes Organisationsbedürfnis des Proletariats bedingt. Dieses wird zur Zeit großer Massenaktionen besonders stark und nennenswert dort und dann, wo die anderen politischen Organisationen, politische Partei und Gewerkschaft, sei es aus Schwäche, sei es infolge falscher Taktik, dieses Bedürfnis nicht befriedigen. Dann tritt die Räteorganisation als Trägerin der Massenaktion auf und oftmals diesen anderen Organisationen für kurze oder längere Zeit abnehmend oder feindselig entgegen.

Die Räteorganisation hat ihr eigentümliche große Vorzüge. Einmal die Erfassung der gesamten Arbeiterkraft der Betriebe, dann aber den unmittelbaren Zusammenhang mit den Massen. Dieses macht sie radikaler als die alten Organisationen, jenes befähigt sie in hohem Maße Trägerin der Massenaktion zu sein. Beides läßt sie in bewegten Zeiten unentbehrlich erscheinen.

Das Räteystem birgt aber auch seine Gefahren. Einmal eine wirtschaftliche Gefahr. Wenn der Arbeiterrat eines Betriebes die Leitung des Betriebes voll beansprucht, so würde es bald nicht bei der Leitung bleiben. Der Versuch läge wenigstens nahe, einen Schritt weiter zu tun und zur Selbstverwaltung des Unternehmens fortzuschreiten. Anlässe dazu sind hier und da in Deutschland zu bemerken; in Rußland aber hat diese Bewegung einen Umfang angenommen.

Damit aber kommen wir nicht zum Sozialismus. Dieser bedeutet Reorganisation der Wirtschaft, und diese bedarf der zentralen Leitung. Der einzelne Betrieb gehört nach sozialistischer Auffassung nicht den darin beschäftigten Arbeitern, sondern der Gesamtheit. Diese muß sich machende Kontrollrechte über die Betriebsführung sichern. Das fällt nicht selbstverständlich die weitgehende Mitwirkung der Arbeiterräte ein, wohl aber ihre Alleinhegemonie.

Die Rechte der Arbeiterräte müssen so zugunsten der Gesamtheit eine Einschränkung erfahren auch gerade in jenen Unternehmen, die in der Ubergangszeit noch kapitalistisch funktionieren. Die Rechte des Arbeiterrates gleich selbstständig werden, um einerseits nicht durch den Unternehmer ungewöhnlich eingeschränkt zu werden, andererseits aber auch, um kapitalistische Experimente, die die Wirtschaft nur ruinieren würden, zu verhindern. In welcher Weise diese Abgrenzungen vorzunehmen sind, haben wir schon früher dargelegt. Als Träger der sozialistischen Kampfaben, als Kontrollinstanzen für die Betriebsführung und als Hilfsorgane bei der Durchführung der Sozialisierungsmaßnahmen müssen die Arbeiterräte bestehen bleiben.

Rechtsverhältnisse als die wirtschaftliche, wurde die politische Seite des Räteystems behandelt. Die Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen ist nicht nur ein Fehler, sondern auch ein Hindernis nach dem die Träger der politischen Bewegung. In Frankreich waren die Gewerkschaften immer auch politische, überwiegend im sozialistischen Sinne, tätig, in anderen oder schwächerem Maße zur Partei. In Deutschland waren Partei und Gewerkschaften getrennt, zum Teil aus rein organisatorischen Gründen, am stärksten getrennt, gelöst in ihren autonomen Rechten durch gemeinsame sozialistische Ubergangsmaßnahmen, zu anderen Rechten in mehr oder minder hohem politischen Gegensatz.

Bei dem Auseinandergehen wirtschaftlicher und politischer Ränge ist so eine rechtliche Trennung beider Organisationen in der Tat ohne Verminderung der Schlagkraft nicht vollständig möglich. In der sozialen Revolution vollends gehen beide Bewegungen so ineinander über, daß der Wunsch durchdringt, eine gemeinsame Organisationsform zu finden, die für beide Bewegungen zum Träger wird. Daher die Forderung, den Arbeiterräten politische Rechte zu geben, die schließlich zu der Formel führt: Alle Macht den Arbeiterräten.

Wir hatten diese Forderung für verfehlt. Sie widerspricht allen Grundätzen der Demokratie, indem sie einen Teil des Volkes von dem Mitbestimmungsrecht ausschließt. Die Ausschließung irgend welcher Bevölkerungsklassen von der politischen Mitwirkung treibt diese in die äußerste Opposition. Die Verletzung der Demokratie führt aber auch bei allen, denen die Demokratie Ubergangsmaßnahmen ist, auf steigenden Widerstand, nicht zuletzt bei großen Arbeiterräten. Die Formel einseitig das Proletariat nicht, sondern Volk ist es. Die Folge sind Kampf innerhalb der Arbeiterräte selbst, die entweder ihre Tätigkeit auf allen Gebieten ablehnen oder ausschließlich aufgetragen werden und mit der Niederwerfung eines Teils des Proletariats durch den anderen enden muß.

Dies bedeutet aber für Deutschland eine solche Schwächung der proletarischen Bewegung, daß der Sieg des Völkertums über das Proletariat eine durchaus sichere Sache wäre.

Die Ablehnung dieser Formel bedeutet aber durchaus nicht, daß nunmehr die Arbeiterkraft auf jede politische Funktion ihrer Vertretung verzichtet kann. Nur darf die Aktion nicht im Gegensatz zur Demokratie erfolgen, muß vielmehr ihre Stärkung und Sicherung bedeuten.

Die Revolution des 9. November war eine sozialistische Revolution, die Arbeiterklasse ihr Träger, die Räte ihre Organisation. Die sozialistische Regierung hat dies in der Vereinbarung mit dem Volksrat vom 23. November ausdrücklich festgestellt.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

Die Regierung hat seitdem alles getan, um die Errungenschaften der Revolution verkümmern zu lassen, sie hat namentlich dem Militarismus wieder zur Macht verholfen. Jetzt will sie die Arbeiter- und Soldatenräte zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilen und sie möglichst rasch und vollständig beseitigen. Sie ist im Begriffe, sich mit dem

Bürgerlichen Parteien zu verbünden und eine Koalitionsregierung zu bilden, in der die Bürgerlichen, gestützt auf den neuerstandenen Militarismus, die Herren sein werden.

Jeder Schritt, den diese Regierung tut, ist ein Schritt vom Sozialismus weg, jede Tat ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet!

Da muß die Arbeiterklasse auf Sicherung der revolutionären Errungenschaften bedacht sein, da muß sie gegen reaktionäre Anschläge Abwehrmittel beschaffen. Dazu bedarf sie eines eigenen politischen Organes, nachdem die ihrer sozialistischen Pflicht vergessene Regierung so jämmerlich verlagert hat. Und dieses Organ muß eine ständige Vertretung der gesamten Arbeiterklasse sein und deshalb müssen den Räten bestimmte politische Funktionen erhalten bleiben.

Wir fordern daher, daß in die Verfassung Bestimmungen aufgenommen werden, die besagen:

Die Delegierten der Arbeiterräte treten alljährlich zu dem Kongress zusammen, der aus seiner Mitte den Zentralrat wählt.

Der Zentralrat hat das Recht:

Die Vorlagen an die Nationalversammlung vor ihrer Einbringung zu prüfen und mit einem Gutachten zu versehen;

selbstständig Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung einzubringen;

bei Ablehnung der von ihm eingebrachten Gesetzesentwürfe durch die Nationalversammlung eine Volksabstimmung durch die Regierung herbeiführen zu lassen.

Er erhält ferner das Recht auf ein aufschiebendes Veto gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und die Verordnungen der Regierung. Der Einspruch hat zur Folge, daß das Gesetz, gegen das sich der Einspruch richtet, einer Volksabstimmung unterbreitet werden muß, deren Ausfall endgültig entscheidet.

Diese Bestimmungen sind das Gerüst, dessen die Arbeiterklasse zu ihrer politischen Sicherung gegen eine unzuverlässige Regierung und gegen eine bürgerliche Nationalversammlung bedarf, sie sind zugleich Forderungen, die in augenscheinlich im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegen, daß alle Arbeiter sich auf sie vereinen müssen.

Man verkörne uns mit Einwendungen, als ob diese Forderungen der Demokratie widersprechen. Wir wollen nicht dabei verweilen, daß reine Demokratie, solange das kapitalistische System besteht, ohnedies nicht verwirklicht ist. Denn die ökonomische Beeinflussung in allen Formen wirkt der Demokratie entgegen. Umgekehrt, die verfassungsmäßig festgelegte Einflußnahme der Arbeiterklasse ist nur ein notwendiges Gegenmittel gegen die kapitalistische Verfälschung der Demokratie.

Am wenigsten haben diejenigen das Recht, sich auf Demokratie zu berufen, die uns eine Verfassung vorlegen, die ein Kammerregiment vorsteht, und einen provisorischen Verfassungsentwurf, der ein Staatenhaus, eine Art Bundesrat einfließen zumunsten gerade der industriell entwickeltesten Teile des Reichs.

Unsere Forderungen bedeuten vielmehr gerade die Sicherung der Demokratie, indem sie dem widerstrebenden Willen der Volksabstimmung zu unterbreiten und gegen reaktionäre Anschläge die Abwehr zu ergreifen.

Unsere Forderungen bedeuten aber auf der anderen Seite das Notwendige und Ausreichende. Sie geben der Arbeiterklasse den stärksten Anreiz, ihre Organisation im Räteystem auszubauen, ihre politische Energie anzuspannen und den Zentralrat zu einem wirksamen Instrument des reaktionären Antriebs zu gestalten. Vor der Energie, mit der die Arbeiterklasse von den Möglichkeiten, die dem Räteystem gegeben werden, dann Gebrauch machen wird, wird die Gestaltung der revolutionären Entwicklung zum guten Teil abhängen.

Nicht Räteystem oder Demokratie, sondern Räteystem und Demokratie muß daher die Parole lauten.

Wir hegen keine Zweifel, daß diese Parole zum Sammelruf der großen Massen der Arbeiter werden wird. Wir sind der Überzeugung, daß sie die Einigung der gesamten Arbeiterklasse, die das unabwiesbare Gebot der Geschichte ist, beschleunigen kann, und erhoffen von ihr die Wiederherstellung der Geschlossenheit des Proletariats, die die Vorbedingung seines Sieges über alle seine Gegner bildet.

Abdankung des Zentralrats.

Der Zentralrat veröffentlicht folgende Kundgebung:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.
2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmnisse für die politische, wirtschaftliche und soziale Einheit und Aufentwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preussische Vorkherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkender Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die sechsten Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung — daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrages durch einzelstaatliche Zerstückelung verhindert zu werden droht.

5. Neben der Singuliererung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verhütung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wirtschaftens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der A- und S-Räte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererrichtung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Befestigung landmannschaftlicher Selbstverwaltung, und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.

6. Der Reichs-Nationalversammlung liegt es ob, den Neu-

aufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht vorzubereiten, sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen behindert werden.

7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongress der A- und S-Räte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihrem Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberster Berufsinhaber für die Soldatenräte, solange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
geg. Max Cohen.

Der Zentralrat hat durch diese Kundgebung endgültig den Boden verlassen, auf den der Rätekongress ihn gestellt hatte. Nichts berechtigt den Zentralrat, die ihm vom Rätekongress verliehene Gewalt in die Hände einer anderen Körperschaft zu legen. Wenn er der Meinung ist, daß er angesichts des Aufkommens der Nationalversammlung zurücktreten müsse, so war es seine Pflicht, einen neuen Rätekongress einzuberufen, um das ihm verliehene Mandat in die Hände seiner Auftraggeber zurückzugeben. Jetzt jedoch handelt er wie ein ungetreuer Sachwalter der ihm anvertrauten Interessen. Er verrät die Arbeiter- und Soldatenräte, indem er ihnen heimtückisch in den Rücken fällt.

Beschlüsse des Zentralrats.

Berlin, 4. Februar. In den Sitzungen vom 1. und 3. Februar beschloß der Zentralrat die Annahme einer Verordnung, betreffend Übertragung von Befugnissen, die vorher dem Kaiser oder dem König von Preußen zustanden, an die betreffenden anderen Stellen.

Einem Vorschlag des Demobilisierungsausschusses, Gewerkschaftsfunktionäre in den größeren Städten zur Untersuchung des Lebens- und Arbeitsverhältnisses und die Überführung von Arbeitern in andere Berufe anzustellen, wurde zugestimmt.

Eine Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Textilgebiete wurde ebenfalls verabschiedet.

Außerdem wurden eine große Menge von Eingaben erledigt und die wirtschaftliche Lage besprochen.

Weimarer Vorbereitungen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, halten die Fraktionen des Reichstages Besprechungen ab. Es scheint, daß wegen Unausführbarkeit von der Liste der Abgeordneten gestrichen und nicht durch den Reichstagspräsidenten der betreffenden Kandidatenliste ersetzt. Dem Vornamen nach hat sich eine größere Anzahl ersetzt aus Weimar gemeldet, über deren Aufnahme zu entscheiden sein wird. Die erste Sitzung am Donnerstag beginnt nach dem bisherigen Beschlusse um 10 Uhr im Reichstagsgebäude. Darauf folgt die Übernahme des Reichspräsidenten, voraussichtlich durch Pfannkuch, sodann die Verlesung der Kammerliste.

Potsdam in Weimar.

Über den Einzug der Regierungstruppen in Weimar sind in der Presse Mitteilungen verbreitet worden, die den Glauben erwecken könnten, es sei in Weimar ein Sozialistenputsch gegen die Nationalversammlung geplant gewesen. Das entspricht nicht dem Tatsachen. Die Zusammenziehung schwer bewaffneter Regierungstruppen in der Umgegend Weimars und die von ihnen gehandhabte Disziplin hat lediglich die Enttäufung der revolutionären Arbeiter und Soldaten in den Städten Groß-Thüringens hervorgerufen. Der große Soldatenrat des 11. Armeekorps hat wiederholt gegen die Zusammenziehung der Regierungstruppen in Weimar protestiert. Er hat die Regierung darauf verwiesen, daß die im 11. Armeekorps vorhandenen Truppen vollkommen ausreichen, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Außerdem besetze für die Nationalversammlung in Weimar keinerlei Gefahr.

Die Regierung hat dieses berechtigete Ansinnen unbeantwortet gelassen. Sie schickte Truppen nach Weimar, von denen alle Welt weiß, welcher Geist sie beherzigt. Der Militarismus, von dem sie erfüllt sind, kann ihnen aber nicht die Sympathien derjenigen Arbeiter und Soldaten eintragen, die an den Errungenschaften der Revolution festhalten. Neben den Regierungstruppen ist in Weimar ein Heer von Berliner Spießhaken beiderlei Geschlechts eingezogen. Die Arbeiter- und Soldatenräte Weimars werden seit Wochen von Berliner Kriminalpolizeiagenten überwacht. Durch die Anstellung der Soldatenräte des 11. Armeekorps, durch die Spionagefahrten und das herausfordernde Gebahren der weißen Garde hat die Regierung Eberth-Scheidemann gezeigt, daß ihr auch der Geist des alten Weimar fremd geblieben ist. Sie hat den Geist Potsdams nach Weimar getragen, den Geist, der fremd jeder Revolution, fremd jeder Freiheit ist!

Die sächsischen Wahlen.

Dresden, 4. Februar. Nach den nunmehr endgültig festgestellten Wahlergebnissen setzt sich die sächsische Volkstammer wie folgt zusammen: 42 Sozialdemokraten, 22 Deutsche Demokraten, 15 Unabhängigen Sozialdemokraten, 13 Nationalsozialisten und Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Landtagswahlen in der Pfalz.

Ludwigsbafen, 3. Februar. Gestern fanden in der Pfalz die Wahlen zum bayerischen Landtag statt. Die Zahl der Wahlberechtigten belief sich auf 620 102 nach dem Stand der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung. In den bisher gezählten 510 Bezirken erzielten: Bayerische Volkspartei 17 408, Deutsche Volkspartei 68 320, Unabhängige 85 008, Demokraten 3684 und Sozialdemokraten 109 884 Stimmen.

Partelpresse.

Ein Organ der Unabhängigen in Frankfurt. Die erste Nummer des Organs der unabhängigen Sozialdemokraten Süddeutschlands, „Volkswort“, ist erschienen. Es kommt wöchentlich einmal heraus.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Wilhelm Kayssler. 7 Uhr. Luthier.

Opernhaus. 7 Uhr. Der Tivoliemann.

Schauspielhaus. 7 Uhr. Hölzerlin.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater.

7 Uhr. Von Morgens bis mitternachts.

Kammerspiele. 7 Uhr. Der Sturz des Apostel Paulus.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstraße 1. Portal 3.

7 Uhr. Die Hünne der Pandora.

Direktion C. Meinhardt, R. Bernauer. Theater i. d.

Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr. Musik.

Komödienhaus. Schiffbauerdamm 25.

7 1/2 Uhr. Eisele.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr. Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater. Direkt. Viktor Barnowsky.

7 1/2 Uhr. Der Schächer.

Donnerstag: Der König. Freitag: Herr Gynt.

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 7 1/2 Uhr.

Machtheleuchtung.

Th. d. Friedrichstadt. Täglich 7 1/2 Uhr.

Drei tolle Tage.

Trianon-Theater. Bild. Friedrichstr. 21a. 4027, 2301.

7 1/2 Uhr. Der gute Ruf.

Von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Das höhere Leben.

Von Hermann Sudermann.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr. Die Rosa von Stambul.

Deutsches Opernhaus am Charlottenplatz.

7 Uhr. Der Freischütz.

Friedrich-Wilhelm-Theater. 7 1/2 Uhr. Hannerl.

Das Dreimäderlhaus.

II. Teil.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr. Tabula rasa.

Komische Oper.

7 1/2 Uhr. Schwarzwaldmadel.

Lustspielhaus.

7 1/2 Uhr. Die spanische Fliege.

Metropo-Theater. 7 1/2 Uhr. Die Faschingsale.

Neues Operettenhaus.

Schiffbauerdamm 4a. Norden 21.

7 Uhr. Die keusche Susanne.

Ballett Charvillat, Neue Tänze.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr. Der Mikado.

Kleines Theater am Charlottenplatz.

7 1/2 Uhr. Andol.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr. Politische Wirtschaft.

Theater am Nollendorfplatz.

7 Uhr. Eva.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr. Die lustige Witwe.

Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr. Goisha.

Bis 3 1/2 Uhr. Graf Hohenlohe.

Casino-Theater. Lotharinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr.

Nur noch kurze Zeit.

Der erfolgreiche Schläger.

Die goldene Brücke.

Vorher das neue Februar-Programm. 7 1/2 Uhr. Die weiße Dame.

Wallhalla-Theater. 7 1/2 Uhr. August der Starke.

Hone-Theater. 7 1/2 Uhr. Zu, erstein Male: Der Mann ohne Vergangenheit. Das Spiel Friedrich Wilhelmstadt-Theaters.

Mutter Erde. Der Film des Tages. Zeitgemälde in 3 Akten. Uraufführung zur Zeit im Passage-Theater, Unter den Linden.

METROPOL Kabarett. Behrenstr. 53-56. Dir. Alex Braun. Albe Holk, Norma & Fernand, Lanzigs? — Dugson, Elli Glässner, Otto Röhr, Robert Steidel, Gygyi-Konzerte.

Apollo. Friedrichstraße 21a. Dir. James Klein. 7, Sonntag 2 1/2, und 7 1/2. Ein Theater-Ereignis! Persönl. Auftreten d. weltberühmt. Kompon. GILBERT! Vorzügliche Küche.

Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm. Anfang 1/2, 3 Uhr.

Lieban-Kabarett. Künstler-Diele. Täglich 7 1/2 Uhr. Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 Uhr. das große Programm. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz. Edele Künstlerin, Neue Tänze.

Lichtenberg. Die Spedition Tasdorfer Straße 3 (Preuß) ist verlegt nach. Tasdorfer Straße 25 (Reisewitz).

Platina. Gramm 10 Mk. Zahngelasse. Gold käuf. Frau Linke, Bischofsstraße 48.

Achtung! Parteilosen! Bringt meinen Rasier-, Friseur- und Haarschneide-Salbe in empfehlende Erinnerung. Rasieren 25 Pf., Haarschneiden 60 Pf., f. Kinder 30 Pf., außer Sonnt. NB: Anfertigung moderner Haararbeiten, sanftere Ausführung, billige Preise. Saubere, gründliche Bedienung. Wolff Nachf., Berlin, Schlesische Str. 15.

Mähmaschine. Rundschiff, verk. preiswert. Kleiner, Erasmanstr. 1 (Monbit).

Gerben. aller Sorten Felle und Pelzbearbeitung. Döner, Kolonnenstr. 28.

Spiralbohrer Metalle. kauft Posenecker, Neue Königstr. 38, Hofpl. 1 am Alexanderpl.

Oberschönhausen. Abonnement auf die „Freiheit“ nimmt Radde, Berliner Straße 93, an.

Sicherheitsdienst. Kameraden, die noch Forderungen am Polizei-Präsidium haben, finden sich am 5. 2. nachmittags 3 Uhr, im Lokal Reichsstraße 14, ein.

Aufwärterin. Ganzen Tag. Warschauer Str. 46, Blumengeschäft.

Spedition Maach. von Kamerunerstr. 52 nach Kamerunerstr. 5 verzoogen. Umgangshaber Gustav u. Phobelin Lehmann, Bern. Götter, Götterweg 26, wern 4 2c.

Beiräte. Donnerstag, 6. Febr., abends 8 Uhr, Schilderstraße 5.

Wahrhaftiges Erinnern! Zum 27. Geburtstag meines lieben Bruders, Schwagers und herzlichen Freundes Val. Basia. geboren am 20. Mai 1916. Fern im Westen da lateinisch Grab — da senke man unter Liebendes hinab. — und weil wir deine Ruhe nicht stören können erbitte, — drum werden wir stets dein Bild beschmücken. — Je mehr die Tage vergehen, — je mehr wird es uns klar, — daß wir uns nicht mehr wiedersehen. — Doch du bist nicht tot! — Tot ist nur, wer vergessen ist! Hel. Schulz als Schreiber, H. Schulz als Schreiber, A. Linke als Schreiber, kauft Bier und Limonade.

Wahlverein Hennißsdorf. Wahlvereinsversammlung der U. S. P. am Mittwoch, abends 8 Uhr im Ringler. Der Vorstand. Achtung! Freiheit-Speditionen. Achtung! Versammlung am Sonntag, den 5. Febr., abends 7 Uhr, im Saal des Gasthof „Prinzener Straße 20. Reden und Vorträge der Spedition, Organisation und Propaganda. Die Mitglieder der Spedition sind ersucht, das pünktliche Erscheinen zu erwünschen.

Wahlverein Baumschulweg U. S. P. D. Auf dem Wege in die Heimat verstarb im Lazarett unser Genosse Artur Boretto. Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 6. Febr. nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Neuen Friedhof in Baumshulweg statt. Um rege Beteiligung bitten. Der Vorstand.

Wahlverein Reichsstraße 9. Preisgabe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1220, 1247, 2714.

Branchen-Versammlung der Bau- und Gelbschrankflosser im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Saal I). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unseren Lohnverhältnissen. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Neuwahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.

Vertrauensmänner-Konferenz der Eisen-, Metall- und Revolverdreher und -dreherinnen sowie Rundschleifer im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Kollektionsertrag. 2. Die Substanz der Unternehmer. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands, Gewerkschaft der Schneider, Zillische Straße, Seckelstr. 37/38. Freitag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal I. Allgemeine Zuschnitter-Versammlung für die Herren- und Knaben-Konfektion.

Achtung Charlottenburg! Die Spedition der Freiheit befindet sich Wallstraße 68 bei Lorenz.

Zweiter Wahlkreis U. S. P. Donnerstag, den 6. Februar pünktlich 7 Uhr, in der Schulaula Rittenwalder Str. 34: General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Debatte vom 23. Januar über die Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten. 2. Stellungnahme zu den bevorstehenden Kommunalwahlen und Aufstellung der Kandidaten. 3. Geschäftliches. Ohne Mitgledbuch kein Eintritt! Der Vorstand. Zahlreichen Besuch erbitet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1220, 1247, 2714.

Branchen-Versammlung der Bau- und Gelbschrankflosser im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Saal I). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unseren Lohnverhältnissen. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Neuwahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.

Vertrauensmänner-Konferenz der Eisen-, Metall- und Revolverdreher und -dreherinnen sowie Rundschleifer im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Kollektionsertrag. 2. Die Substanz der Unternehmer. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands, Gewerkschaft der Schneider, Zillische Straße, Seckelstr. 37/38. Freitag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal I. Allgemeine Zuschnitter-Versammlung für die Herren- und Knaben-Konfektion.

Achtung Charlottenburg! Die Spedition der Freiheit befindet sich Wallstraße 68 bei Lorenz.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bezirks-Versammlungen finden statt:

Mittwoch, den 5. Februar, abends 1/8 Uhr: Bezirk Adlershof, Restaurant Otto Pöge, Sedanstraße 2. 1. Neuwahl des Bezirksführers; 2. Verhandlungsangelegenheiten. Bezirk Treptow-Taumtschulenweg, Restaurant Treptower Mause, Eisenstraße 27/28, Ecke Riechholzstraße. 1. Vortrag; 2. Diskussion; 3. Verbands- und Bezirksangelegenheiten. Bezirk Weihensee, Restaurant Grenz, Berliner Allee 258, Ecke Döberstraße. 1. Vortrag des Kollegen Richter: „Die Bedeutung der Organisation“; 2. Geschäftliches; 3. Verschiedenes. Nachdem gemüthliches Beisammensein. Gäste willkommen. Donnerstag, den 6. Februar, abends 1/8 Uhr: Bezirk Nord-Ost, Anton-Kellerei, Greifswalder Straße 221/2. 1. Vortrag; 2. Neuwahl der Bezirksleitung; 3. Verschiedenes. Bezirk Norden I, Rosenhofer Viertel, Gesundbrunnen, Reinickendorf-Ort, Lokal Oswald Berliner, Brunnenstraße 140. 1. Vortrag des Herrn Schindler: „Das Tailor-System“; 2. Neuwahl des Bezirksführers. Bezirk Norden II, (Schönhäuser Vorstadt), Genossenschafts-Kaufhaus, Stargarder Straße 8. Bezirk Norden III, Germania-Gäle, Chausseestraße 110. Neuwahl des Bezirksführers. Bezirk Nord-Westen, Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 49/49, Reiner Saal I. 1. Verhandlungsangelegenheiten; 2. Verschiedenes. Danach gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Die aus dem Feide zurückgetretenen Kollegen sind besonders eingeladen. Bezirk Osten, Andreas-Festhalle, Andreasstraße 21. 1. Neuwahl des Bezirksführers; 2. Verschiedenes. Bezirk Süd-West, (Siehe Freitag.) Bezirk Charlottenburg, Kählung Neues Lokal Volkshaus, Köpenickerstraße 8 (Klein-See). 1. Vortrag; 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. — Nachher Tanz und gemüthliches Beisammensein. Bezirk Köpenick-Oberschöneweide-Köpenick-Friedrichshagen, Restaurant Kaiserhof, Köpenick, Grünstraße. 1. Vortrag des Kol. Wubli; 2. Neuwahl des Bezirksführers; 3. Verschiedenes. Bezirk Spandau, Restaurant Bahnhofs, Spandau, Sirefotoplatz. 1. Frage. 1. Die nächsten Aufgaben des Bezirks Spandau; 2. Wahl der Bezirksleitung. Bezirk Tietzenberg, Bogenhof, Bogenhofstraße 2. 1. Neuwahl des Bezirksführers; 2. Verschiedenes. Bezirk Neukölln, Passage-Festhalle, Bergstraße 151/152. 1. Geschäftsbericht des Bezirks; 2. Neuwahlen der Bezirksleitung und der Funktionäre; 3. Verhandlungsangelegenheiten. — Hierauf gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Jeden 3. Mittwoch im Monat Funktionärsitzung bei Bewill. Weichselstraße 8. Die Jugendlichen nehmen an den Veranstaltungen der Jugendsektion Groß-Berlin teil. Bezirk Prenzlau-Nieberschönhausen, Restaurant „Schöner“, Pantof, Breite Straße. 1. Wahl des Bezirksführers; 2. Geschäftliches; 3. Vortrag des Kollegen Benno Bickler; 4. Verschiedenes. Bezirk Tegel-Kleinandorf-West, Restaurant Lindengarten, Tegel, Berliner Straße 66 (am Vorposten). 1. Vortrag; 2. Neuwahl der Bezirksleitung. Freitag, den 7. Februar, abends 1/8 Uhr: Bezirk Süden-Süd-West, Tempelhof, Lindenhof, Lindenstraße 16. 1. Teilung des Bezirks; 2. Neuwahl des Bezirksführers; 3. Verschiedenes. — Der Besuch aller neuen Mitglieder wird unbedingt erwartet. Bezirk Süd-Osten, „Zur Versöhnungshalle“, Grünauer Straße 14 (Ecke Reichberger Straße). 1. Vortrag des Kollegen Weinberg: „Die Angelegenheiten und die neue Zeit“; 2. Verschiedenes. Bezirk Westen, Rollendorf-Casino, Riechholzstraße 41. 1. Konstitutionierung des Bezirks; 2. Neuwahl des Bezirksführers; 3. Bildung des Aktionsausschusses; 4. Verhandlungsangelegenheiten. — Nachher gefelliges Beisammensein. Bezirk Köpenick, Rollendorf-Casino, Riechholzstraße 41, Tagesordnung siehe Bezirk Weiden. Bezirk Steglitz, Logen-Restaurant, Fiedrichstraße 112a. 1. Vortrag des Kollegen Lillich: „Peter Kofegger“; 2. Neuwahl der Bezirksleitung; 3. Geschäftliches; 4. Verschiedenes. — Nach Schluß der Versammlung gefelliges Beisammensein. Sonntag, den 10. Februar, abends 1/8 Uhr: Bezirk Potsdam-Rumoweb, Eisenbahn-Hotel, Rumoweb. 1. Verhandlungsangelegenheiten; 2. Neuwahl des Bezirksführers; 3. Verschiedenes. Speditionsbeamten Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, Weiher Saal, Speditionsversammlung. Mitgliedsbücher bzw. Kundweiss mitbringen. Gäste können eingeführt werden.

4. Kreis. Sozialdemokratischer Wahlverein U. S. P. 4. Kreis.

Heute, den 5. Februar, abends 7 Uhr in den bekannten Lokalen.

Extrazahlabend

Morgen, Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr in der Pagenhofer-Brauerei, Landsberger Allee 21

Kreisgeneral-Versammlung

Tagesordnung: I. Die Wahl ins rote Haus. II. Aufstellung der Kandidaten. Referent: Adolf Hoffmann.

Mitgliedobuch legitimiert.

Regen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Das Begräbnis Franz Mehrings.

Während mittig fand im großen Saale des Hoftheaters „Schloßpark“ in Ereglich die Trauerfeier für den verstorbenen Genossen Franz Mehring statt. Inner einem Hügel von Kränzen und Blumen verjüngt fand der schmucklose braune Holzgrab, an dessen Fußende die Totenmaske des Verstorbenen lag, saßen Frieden auf dem Anblick. Nach dem eindringlichen Tönen eines Streichquartetts und dem Gesangs des „Glorie“ von Pergolesi betritt Genosse Dr. Ernst Meyer das Podium, um in ergreifender Ansprache des Toten zu gedenken, nicht nur als Mitkämpfer für die Sache des Proletariats, sondern auch als Lehrer und Führer der jüngeren Genossen, als eines hervorragenden Menschen. Sein ganzes Leben zog an den Zuhörern vorüber, seine Jugend in der heimatischen Enge böhmischer Kleinstadt, seine journalistischen und schriftstellerischen Anfänge, sein Häß und nieermüdender Kampf gegen Preussentum und Imperialismus, der, unterstützt von seinem umfassenden historischen Wissen und seiner vollendeten Sprachkunst ihn zu dem Kampfboden, das er war: zum hervorragenden kritischen Schriftsteller deutscher Sprache. Todesursachen vom Sauerbrunn, körperlich gestärkt und geachtet durch die Schuchhaft — das war sein Los. Und aber, die Jungen, soll sein Scheiden nicht nutzlos machen, sondern im Gegenteil, sein Bild soll uns Ansporn sein, fortzufahren auf der beschrittenen Bahn zur Weltbefreiung des Proletariats.

Abermals erklingen wehmütig und trübend zugleich die Orgeln, abermals Gesang, und dann schwanzt der dunkle Schrein mit den herrlichen Resten Franz Mehrings hinaus zu seiner letzten Ruhestätte. Dem Sarge voran die Kranzdeputationen, dann folgen die Abordnungen der beiden revolutionären sozialistischen Parteien, des Roten Soldatenbundes und der Betriebe. Am Grabe erwartet der Arbeiter-Sängerbund den Zug, um ihn mit stimmungsvollen Tönen zu begrüßen. Langsam verabschiedet der Sarg in der Grube, während der letzte Klänge des Liedes verklingen. Dann spricht Genosse Gierstein. Er gedenkt ähnlich wie Meyer der bisher für die Revolution Gefallenen, deren letzte Opfer kaum beklagt, deren Kränze noch kaum verbort sein. Auch Mehring sei ein Gefallener, haben doch die Torturen und Martern der Schuchhaft seine unverwundliche Gesundheit untergraben und ihn so dem Tode preisgegeben. Und abermals steigt das Lebensbild dieses unerschrockenen Kämpfers auf vor uns und abermals wird uns die Mahnung, nicht stille zu stehen, sondern fortzuschreiten auf dem einmal beschrittenen Wege. Die Genossen Bogner und Hoffmann sowie ein Vertreter der Jugendlichen nehmen nacheinander das Wort, um den Toten als Mensch und Kämpfer zu feiern. Dann treten die Kranzdeputationen an das offene Grab heran, um jede mit wenigen herzlich Worten dem Toten den letzten Gruß zu bringen. Mit dem Worte: „Ein Sohn des Volkes moß er sein“ schließt die Feier.

Die Prozesse in Moabit.

Neue Fälle.

Am Dienstag hatten sich wiederum mehrere Angeklagte wegen Teilnahme an der revolutionären Bewegung in der Januarwoche zu verantworten.

Der erste Angeklagte war der 30-jährige Schlosser Hans Kramet. Vor Eintritt in die Verhandlung hat Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld den Vorsitzenden, doch veranlassen zu wollen, daß der Zutritt zu dem Verhandlungssaal nicht gerade so sehr erleichtert werde. Die Anwesenheit durch das Militär werde zu streng gehandhabt, und es gehe doch zu weit, wenn dieselben Personen bei ihrem Ab- und Gange von denselben Wachpostenposten, die sie schon einmal auf Waffen untersucht haben, immer noch einmal daraufhin untersucht werden, wie es bei dem Vater des Angeklagten geschehen ist. Der Vorsitzende sagte zu, das Nötige bereitstellen zu wollen.

Der Angeklagte ist feinerzeit im Polizeipräsidium bewacht und zunächst nach dem „Vorwärts“ und von da am 7. Januar mit 20 Mann nach dem Hofe. Da er gefolgt worden. Er war Mitglied des Spartakusbundes, hatte keine Arbeit und hat sich durch die in Anschlag gebrachte Abrechnung verurteilt lassen, sich an der Sache zu beteiligen. Er will sich an irgendwelchen Gewalttätigkeiten nicht beteiligen, sondern nur als und zu Posten geschickt und zunächst geschlafen haben. Wenn er auch zu dem Spartakusbund gehört, so habe er sich doch um Politik noch nicht recht gekümmert. Ob bei den Säuglingen auch Mienen in Anwendung gekommen, wisse er nicht, jedenfalls habe er sich an der Schere nicht beteiligt.

Der Verteidiger wiederholt und gedenkt seinen in anderer Sache bereits gestellten Antrag, das Verfahren einzustellen, weil der Rasse-Befugung Straffreiheit seitens der Regierung bei ihrer Übergabe zugesichert worden sei und dies einer Amnestie gleichkomme. Auch diesmal widerspricht der Staatsanwalt.

Der Staatsanwalt befragte, den Angeklagten wegen Auftrags, qualifizierten Hausfriedensbruchs und Landfriedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Eine strenge Strafe sei durchaus geboten, denn es handle sich hier darum, daß die ganze Bewegung auch unbedingt gefährlich ist, wie die in den Zeitungen fast täglich wiederkehrenden Berichte über spartakistische Verbrechen beweisen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte aus rechtlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten, der auch nicht das Bewußtsein der Rechtsverletzung seines Handelns gehabt hat.

Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis. Sodann wurde gegen den 23-jährigen Kontorist Erich Hartmann, gegen den Telephonisten Otto Trautmann und gegen die Portierfrau Anna Kengel verhandelt. Giermann und Trautmann sind wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs, Teilnahme an einer bewaffneten Zusammenrottung, Hartmann auch wegen Schere, Frau Kengel wegen Beihilfe zur Schere angeklagt.

Die beiden ersten Angeklagten gehörten zur Befugung des Ullsteinhauses. Er behauptet keinerlei Gewalttätigkeiten begangen zu haben; Geld habe er auch nicht bekommen, dagegen sei der Führer, der 300 Mark zur Auszahlung erhalten habe, mit der Summe durchgegangen. Am 10. Januar, nachmittags, 5 Uhr, als die Angriffe der Regierungstruppen begannen, sei er gar nicht mehr im Ullstein-Hause gewesen, sondern habe sich, als er merkte, daß es ernst würde, schon eifrigst entfernt. Beim Verlassen des Hauses habe ihm ein Bote eine in Papier gewickelte Schreibmaschine mit der Bitte übergeben, diese in dem in der Nähe gelegenen Schanklokal von Kreis unterzustellen, dies habe er getan. Einige Tage später sei ihm der Bote gekommen, daß sich „die Führer alle gesund machen“ die anderen leer ausgehen und da habe er gemeint, daß er die Schreibmaschine, die inzwischen die Frau Kengel auf Wunsch in einem leeren Keller hatte stellen lassen, verkaufen wolle. Er habe sich in das Lokal von Kreis zu diesem Zweck begeben und jemand mit einem die Botschaft der Maschine fordernden Zettel zur Kugel, Frau Kengel geschickt. Infolge eines Irrtums sei der Zettel aber nicht bei Frau Kengel, sondern im Ullstein-Gebäude abgegeben worden und darauf erfolgte die Verhaftung des Angeklagten.

Der 18-jährige Trautmann bestritt zu den Spartakisten zu gehören. Er habe sich mit seinen Eltern verurteilt gefolgt und da er arbeitslos war, habe er sich gefolgt, er habe die Sache mitgemacht, denn es wurde ihm gesagt, man solle am 10. Januar 15 Mark. Als er zum Roten Soldatenbund gekommen, habe man ihm gesagt, es gäbe in den ersten Tagen nichts, später aber eine Befugung von 300 Mark. Er sei zunächst zum „Vorwärts“ und von da zum Ullstein-Haus geschickt worden, wo er mit 24 Mann eintraf. Er sei aber gar nicht in Aktion getreten, denn als die Befugung eintraf, daß der „Vorwärts“ von den Regierungstruppen gefolgt sei, sei der Führer der Befugung des Ullstein-Hauses schnell verurteilt und auch er selbst sei davongegangen. Abends, als er in der in der Nähe gelegenen Kneipe sich befunden, habe er das Gelächter der Maschinenwehre gehört, seinen Abscheu gegen diese Schere zum Ausdruck gebracht und im Gespräch zugegeben, daß er auch zur Befugung des Ullstein-Hauses gehört habe. Dies habe den Wirt veranlaßt, ihn festnehmen zu lassen.

Die Beweisaufnahme war sehr kurz, so erob er, a. die billige Unschuld der Frau Kengel, so daß der Staatsanwalt selbst deren Freisprechung beantragte. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hartmann 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, gegen Trautmann 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Hartmann auf 1 Jahr 3 Monate, gegen Trautmann auf 6 Monate Gefängnis. Frau Kengel wurde freigesprochen.

Revolution und Reaktion in der Schule.

Hätte man uns in den Feiertagen nach dem 9. November geahndigt, daß man zwei Monate nach der Revolution Dankadressen zur Unterschrift an den mit seinem kranken System gefallenen Kaiser öffentlich auslegen würde, monär hätte es als unmöglich zurückgewiesen. Wie jammervoll ist alles im großen Sinne Revolutionäre, Erneuerer ersticht durch die wiederaufgekommenen Klassen des gefallenen Regimes, Unentschiedenheit und Richtungslosigkeit an leitender Stelle hat die rückwärtigen Geister wieder wach werden lassen. Sie bekennen sich laut wieder zu ihren abgelebten Idealen und läutern offen und verheißt gegen jede Veränderung im Sinne der Revolution. Ist es ein Wunder, daß die Reaktion offen kämpft, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung eine antisozialistische Mehrheit ergeben und das revolutionäre Kabinett als überwinden und schadhast von einem sozialistischen Minister geachtet wird.

Interessant ist es zu sehen, wie sich die Wandlung der Machtverhältnisse in den Schulen spiegelt. Als das Kultusministerium nach kleinen Anfängen der Erneuerung im Schulwesen unter Haentjens Kunstler Leitung einen Erlaß nach dem anderen rückschrittlich machte, wählte die Wehrmacht, die in der jungen Republik noch keinen festen Platz zu finden imstande war, daß oben kein sicherer und einheitlicher Wille vorhanden, und so oben wenig zu realisieren war. Die alten Geheimräte regierten in ihrer überpotenzierten Art die Durchführungen der Bestimmungen, die von den neuen Herren kamen, so daß unten nichts gefolgt wurde. Man hielt sich an den alten Geist, den man ja nicht durch einige unentklopfene Maßregeln vertriebt. Neue Männer hätten den neuen Geist in die alten Schulen und Bildungsanstalten zu bringen verstanden, aber so weit reicht die Energie Haentjens nicht. Und so kommt es, daß in einigen Schulen am 27. Januar Kaisergeburtstagsstimmungen herrschten.

Aber das ist verständlich, wenn man hört, wie u. S. Haentjens bekannter Schulgemeinde-Erlaß zur Durchführung gedruckt wurde. Ein instruktives Beispiel — es kommt aus dem Charlottenburger Schiller-Realgymnasium — möge genügen. Die Abstimmung über die Einführung der Schulgemeinde erfolgte unter eierartigen Umständen. Die Schüler zu einer Ansprache zusammenzurufen, hielt man nicht für notwendig. Natürlich wählte man auch nicht den vorgezeichneten Vertrauenslehrer. Nur Begründung dieses Vorgehens diente die Antwort: „Die Aula kann nicht geheizt werden.“ Dabei fanden in allen möglichen Schulaufgaben ständig Wahlveranstaltungen statt. Der Erlaß Haentjens soll vor der Abstimmung von einem Lehrer den Schülern vorgelesen werden. Er ist bis heute noch nicht in der Schule bekanntgegeben worden. Es wurde nun durch Klassenweise Abstimmung festgestellt, ob die Schulgemeinde eingeführt werden soll, oder ob man sich mit der veralteten Form des Schülerausschusses begnügen wolle. Das geschah in einer Klasse so: der Lehrer sagte: „Ich nehme natürlich an, daß Sie die Schulgemeinde ablehnen! Stimmt etwa jemand dafür?“ Das Resultat war das gewünschte, die Schulgemeinde fiel durch.

Die Wahlen haben auch auf die Schüler ihre Reflexe geübt. Direktoren und Lehrer haben ihren Schülern zu verstehen gegeben, daß man Vorkriegsdienste leisten müsse für Vaterland. Es ist ja klar, daß man die Schüler nur zugunsten der alten „vaterländischen“ Parteien der Reaktion aufbehalten hat. Mit Schwarz-weiß-roten Schleifen geschmückt, trugen sie die Blakete ihrer Auftraggeber durch die Straßen. Die Vaterlandspartei, die vier Jahre ihre verbrüderlichen Gedanken gemäß der Instruktionen von oben unter unserer Jugend verbreiten durfte, arbeitet weiter und hört nicht auf, das kommende Geschlecht durch ihre stillen Beeinflussungen zu verderben und ihm den Sinn für ein einheitliches, selbständiges Ansehen der Persönlichkeit aber Schicht- und Klasseneinschränkungen zu nehmen.

Es sind Fälle vorgekommen, wo man die Schüler auf die ihnen gemächten politischen und Verfassungsfreiheiten verwiesen hat, aber nicht etwa in einem neutrofen Sinne, so daß man es dem Orientierungsvermögen und dem Entschluß des einzelnen überließ, die Bestimmungen auszuwählen. Nein, man erklärte ihnen, daß Wilmowich ein Keiserat halten würde, und der wäre doch eine solche Persönlichkeit, die anzuhören unbedingt wertvoll wäre. Daß Wilmowich, an dessen hoher wissenschaftlicher Bedeutung niemand zweifelt, aber im Rahmen einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei seine reaktionäre Gesinnung entwickeln würde, das wußten die Lehrer gut. Es ist ein fündigster Mißbrauch der Bekehrungsautorität, die hier getrieben wird.

Der Kultusminister hat bisher wenig in seinen Schulen erreicht, trotzdem er sowohl mit den Schuldirektoren konferiert. Weis er, daß den Schülern nach den Weihnachtsferien einfach erklärt worden ist: „Von nun an ist der Religionsunterricht wieder obligatorisch.“ Weis er, daß die Lehrer in Gegenwart der Schüler seine Erlasse mit der lebendigen Wendung: „Es wird ja doch nichts daraus“, kritisieren?

Es fehlt eben Haentjens an Sicherheit und an einem klaren Programm, der unmittelbar überzeugenden Macht der Persönlichkeit, um des reaktionären Schulapparates Herr zu werden. Die revolutionäre Gruppe der Lehrer in Preußen ist zu schwach, um zu kämpfen oder gar siegen zu können. Solange Haentjens die staubige Institution der Provinzial-Schulkollegien unangefastet läßt, wird der neue Geist nicht in die Schulen dringen.

Groß-Berlin.

Neue Maßnahmen gegen Arbeitslose.

Die ständig steigende Zahl der Arbeitslosen macht allen Behörden, die mit der Sache zu tun haben, nicht geringe Kopfwehnen. Der Leiter der Erwerbslosenfürsorge in Berlin, Stadtrat Sassenbach, hat einem Vertreter der „Volkzeitung“ gegenüber sich im einzelnen über verschiedene Fragen ausgeprochen, die auf dem Gebiete angetanzt sind. Ueber die Unterbringung in Arbeitsstellen, erklärt Sassenbach, sei folgendes zu sagen:

Das Demobilisierungsamt ist mit größter Mühseligkeit voranzugehen und hat die Unternehmer diejacht gezwungen, weil mehr Leute einzustellen, als sie nötig haben. Es ist also nicht darauf zu rechnen, daß in dieser Beziehung mehr geschehen kann, als schon geschehen ist. Die einzelnen Beschäftigten werden veranlaßt, jeht auch Arbeiten vorzunehmen zu lassen, die schließlich betrachtet amotisch sind, denn die Beschaffung von Arbeit ist jeht die wesentliche Aufgabe.

Dabei muß festgestellt werden, daß die vielen Beschäftigten, die hier oder dort viele Arbeitsplätze gebraucht werden, die nicht zu bekommen sind, in vielen Fällen unangehend sind. Wir gehen solchen Mitteilungen nach und haben häufig festgestellt, daß die Zahl der gebrauchten Arbeitskräfte weit übertrieben war.

Zusammen könnten viele der Arbeitslosen Beschäftigung erlangen, wenn sie ihre viel zu hohen Ansprüche zurückzuziehen würden. In der gegenwärtigen Krise können die Arbeitslosen nicht verlangen, daß alle Arbeitsstellen den höchsten Ansprüchen genügen. Wer werden in alternativer Zeit in schärferer Weise beim Arbeitsnachweis vorgehen, und hoffen, damit wenigstens eine größere Zahl der Arbeitslosen wieder einer Beschäftigung zuzuführen. Eine große Schwierigkeit liegt allerdings in der Abweigung vieler Arbeitsgeber auf dem Lande und in den mittelständischen Kleinbetrieben, Berliner Arbeitslose anzunehmen.

Die Ansprüche der Arbeiter stützen sich auf die hohen Lebensmittelpreise. Wenn mit aller Rücksichtslosigkeit eine Senkung der hohen Preise für die Lebenshaltung herbeigeführt wird, wird auch eher ein geringerer Lohn ertragen werden können. Viele Arbeitslose erklären uns, daß ihnen durchaus nichts an hohen Löhnen gelegen sei, aber die Löhne müßten im Einklang mit der Lebenshaltung gebracht werden. Ueber die Höhe der Unterstützung jagte Sassenbach:

Die in der ersten Zeit der Spartakus-Propaganda unter dem Druck von Demonstrationen in Berlin eingeführten Unterstützungsätze waren selbstverständlich viel zu hoch. Wir werden die vom Demobilisierungsamt neuerdings festgelegten niedrigeren Sätze (6 Mark für Arbeiter und 4 Mark für Frauen) am 1. März in Kraft treten lassen. Der Demobilisierungs-ausschuß für Groß-Berlin wird darüber in den nächsten Tagen entscheiden. Die Berlin ist es auch von wesentlicher Bedeutung, daß durch die neue Verordnung der Mindestlohn auch in den kleinen Betrieben 3,50 Mark beträgt. Dadurch werden auch die Arbeiter weniger Abweigung gegen den Aufenthalt in kleineren Städten haben. Da der Lohn für Kolonnenarbeiten für Unberbeitete auf 10, für Berufsträger auf 12 Mark festgesetzt ist, ist die Spannung zwischen Lohn und Unterstützung genügend groß, um einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu bilden.

Es muß aber Gewähr für angemessene Unterkunft geschaffen werden, die heute oft ganz unzulänglich ist. Von Bedeutung sind die Maßnahmen zur Entzifferung Berlin durch Arbeitslose.

Während Hunderttausend Menschen sind während des Krieges nach Berlin zugezogen oder als entlassene Soldaten Miergeblieben. Die Anfrufe zur Rückkehr aufs Land haben wenig Erfolg bei den Arbeitslosen gehabt, besonders die jungen Männer wollen nicht gern die Großstadt mit ihren Sorgen verlassen. Wir werden deshalb jeht auch hier stärkere Mittel anwenden. Ortsfernde erhalten in Berlin die Unterstützung nur drei Tage lang. In dieser Woche werden viele Beschäftigung eufgeführt werden. Jeder Arbeitslose muß innerhalb sieben Tagen nachweisen, ob er schon vor dem Krieg hier anfräßig war, sonst wird die Unterstützung entzogen, wenn er nicht mit Familie einen eigenen Hausstand bereits begründet hat. Die eigentlichen Berliner Arbeitslosen sind mit dieser Maßnahme durchaus einverstanden, so, sie haben sie sehr begrüßt. Den Berufsträgern, die anerkannt Arbeit annehmen, wird ihr Teil in Berlin lebenden Familien der Familienaufstockung ganz oder teilweise weitergezahlt.

Auch der Zirkel blüht sehr. Viele Mitglieder der republikanischen Salatenwehr beziehen neben ihrem Sold auch noch die Arbeitslosenunterstützung. Dem ist ein Riegel vorgezogen. Auch sonst werden vielfach großer Zirkel getrieben, Unterstützung zu erlangen.

Eine Lösung wird diese Frage auch nur in einer wirklichen wahrhaft sozialistischen Gesellschaft finden können. Der Krieg mit seinen furchtbaren Folgen hat dieses Uebel unheimlich anwachsen lassen.

Die Eingliederung des Berliner Arbeitsnachweises in die städtische Verwaltung.

Der Berliner Magistrat berätet jeht ausführlich über die Tätigkeit des städtischen Arbeitsnachweises im ersten Jahre seines Bestehens (1917) und zwar in 6 Sonderabteilungen, welche die Geschäfte, die Einrichtung, die Kosten, die Zukunft, das Geschäft, verfahren, die Stellung sowie die Vermittlungsverhältnisse und die Gesamtergebnisse der Arbeit abhandeln. Am 1. April 1917 wurde er vom Zentralverwalter für Arbeitsnachweis in die städtische Verwaltung übernommen, die bereit durch die Gewerbe- und Handelskammer, Abteilung für Arbeitsnachweis, mit der Arbeitsnachweiskommission des Zentralverwalter im Geschäftsbereich stand. Durch Orispatum vom 31. März 1917 wurde eine besondere Verwaltungskommission für Arbeitsnachweis geschaffen. Der Vorsitzende, Stadtrat Hübner, folgte wegen seiner Wahl zum Verbandsdirektor von Groß-Berlin am 1. April 1918 aus der städtischen Verwaltung aus.

Der Arbeitsnachweis verzeichnet im Verlaufe des Jahres 1917 360.021 Arbeitnehmende, 301.100 offene Stellen, 231.100 besetzte Stellen. Von den Arbeitsuchenden entfielen 48 Prozent auf das männliche, 57 Prozent auf das weibliche Geschlecht. Für 45,8 Prozent der gemeldeten offenen Stellen wurden männliche, für 54,2 Prozent weibliche Personen verlangt. Lediglich in Stellung abtracht zwischen 41,8

Frage der gesamten untergeordneten Männer, 18,5 Proz. aller untergeordneten Frauen. Ausschussstellen wurden über 70 000 vermittelt. Die immer stärkere Einberufung zum Meeressoldat ließ die Zahl der männlichen Arbeitslosen im Berichtsjahr um über 80 000 zurückgehen, was der Arbeitsmarkt durch stärkeren Aufkauf weiblicher Arbeitskräfte auszugleichen suchte. Die Vermittlung hierfür geeigneter Stellen stieg im Berichtsjahr um 18,9 Proz. Unter den 24 größten öffentlichen Arbeitsnennweisen des preussischen Staates ist Berlin mit seinen Einrichtungen, seinen Zahlen als der größte anzusehen.

Film-Propaganda.

Der Film wird jeder herrschenden Stimmung gerecht. Parteipolitik ist ihm die frühere Macht, so gab der Film Schlachten- und Königsbilder, die die Kriegsbegierigkeit wecken sollten. Jetzt, wo der Wind anders weht, trägt der Film der neuen Richtung Rechnung. Vor einiger Zeit sahen wir einen Film, der die Scheidemann-Verherrlichung und die tabuläre Abkündigung als den Ausbund der Volkstümlichkeit und des Wohlwollens kennzeichnete. „Söhne des Volkes“ war der Film betitelt, der direkt auf Scheidemann zugeschnitten war. Bei der Eröffnung sah Herr Scheidemann selbstverständlich in der Loge und hörte gelassen den Vortrag an und sah sich selber als ehemaligen Schriftleiter im Bild zum Abgeordneten und Minister aufsteigen. Ein Leser schilbert uns die Uraufführung eines Films, der nach Mitteilung des Leiters eines Lichtspielhauses auf Anordnung der Regierung vorgeführt wurde. Er schreibt uns:

Der Inhalt deselben war folgender: Vor dem Hause eines Fabrikanten stehen dessen Dienermädchen und ein Schlosser aus dem Betriebe zusammen, als der Fabrikant nach Hause kommt und sie mit den Worten: „Was steht Ihr hier herum, ich bezahle Euch nicht dafür, daß Ihr müßig steht!“ auseinanderjagt. Der Sohn des Hauses wird erwartet und kommt am nächsten Tage, ein flatter Matrose. Beim Willkommensgespräch erklärt er seinem Vater: „Die Menschen sind lange genug unfrei gewesen, wenn sie für ihre Freiheit kämpfen, habe ich bei ihnen.“ Im Garten trifft er den Diener des Hauses mit dem schon erwähnten Schlosser, wie sich die beiden über ihre harte und unfreie Los beklagen. Er sagt ihnen, daß er einer der freien sei, und besiegelt dies mit einem kräftigen Händedruck.

Nächstes Bild: Nach dem 9. November. Die Arbeiter aus der Fabrik des betr. Fabrikanten verlangen 30 Prozent Lohnerhöhung. Dieser erklärt ihnen, daß er dann die Fabrik schließen möchte.

Ein anderes Bild: Unter Genossen. Eine Kneipe im übelsten Sinne. An einem Tische sitzen alle Arbeiter der Fabrik, der Schlosser, der ihr Vorführer gewesen ist, kommt, setzt sich aber allein an einen Tisch. Die anderen kommen und zeigen ihm ein Zeitungsbild. Auch der Sohn des Fabrikanten kommt und überredet ihn, noch einmal mit dem „Ofen“ zu verhandeln. Nicht geschieht, und als sich der Fabrikant weiter weigert, sagt der Schlosser: „Da Sie unsere Bedingungen nicht annehmen, so übernehmen wir die Fabrik.“ Der Fabrikant überläßt sie ihnen. Der schon über genannte Schlosser übernimmt die Leitung. Die Arbeiter werden lässig und leisten nicht mehr so viel. Schließlich sind die Fabrikanten leer, und plötzlich sieht man die Arbeiter auf der Straße. Sie kämpfen, gegen wen, ist nicht recht ersichtlich. Der erste, der verwundet wird, ist der Schlosser. Hier schließt das erste Bild.

2. Bild. Der Schlosser ist in das Krankenhaus gebracht und liegt dort in Fieberphantasien. Er sieht „Keror“. Die Arbeiter ziehen auf die Straße, plündern Proviantämter, so daß die armen Soldaten, die hungrig aus dem Felde kommen, nichts mehr vorfinden. Sie ziehen in das Haus des Fabrikanten und zerstören wahllos alles, was sich dort findet. Regären von Frauen zeigen alle Stoffe ab. Dann ziehen sie wieder auf die Straße und veranstalten ein bisches Bürgerkrieg. In der Straße sind alle Kuffträge zurückgenommen worden, weil die Bürgerkriegsfeiern nicht eingeleitet worden sind, eben weil die Arbeiter doch ein bisches Bürgerkrieg machen müssen.

Das nächste Bild: Fabrikfabrikation. Da Ruhe und Ordnung im Lande geschwunden sind, wird das Land durch die feindlichen Mächte besetzt. Auf dem Bürgerkrieg, den der Schlosser und der Sohn des Fabrikanten zusammen passieren, stehen einige schwarze Offiziere, die den beiden bedeuten, daß sie den Bürgerkrieg zu verlassen und sie (die Offiziere) zu gründen hätten.

Dann wird die Fabrik durch die feindliche Heeresleitung übernommen und den Arbeitern mitgeteilt, daß sie nunmehr 10 Stunden zu arbeiten hätten und einen Tagelohn von 5 Mark erhielten.

Hier hat das Fieber den Höhepunkt erreicht und der Kranke kreist so, daß die Kräfte und das Pflegenpersonal beiderlei. Aber auch die Kräfte sind überwunden und er erwacht zum Bewußtsein, sieht alle seine Lieben um sich und freut sich, daß alles nur ein Traum gewesen ist.

Tendenz in großen Buchstaben: Nur Ruhe und Ordnung schaffen und Welt und verbieten die Besetzung durch die Feinde. Und einen derartigen Film mag eine sozialistische Regierung dem Volke als Propagandafilm vorkommen. Denn auf meine Frage an den Besitzer des Lichtspielhauses, ob die Regierung wirklich die Vorführung dieses Hochwertes angeordnet hätte, wurde mir dies auf das Bestimmteste versichert.

Spiritusplünderer der Kavallerie-Schützen-Division.

Vom Arbeiter- und Soldatenrat Preig wird uns mitgeteilt: In verschiedenen Kassen ist es dem Kommando Berlin-Preig der republikanischen Soldatenmehr gelungen, Spiritusdiebe, welche von den Vertriebsbegleitern des Bahnhofs Kellern-Kanal aus den dort stehenden Wagen größere Mengen entwendeten, zu verhaften oder bei der Flucht die Beute wieder abzunehmen. In der Nacht zum Montag wurden wieder bewachte Diebe mit Spiritus angetroffen. Während zwei Mann, mit 20—25 Jähr.

Die Beute im Stich ließen und flüchteten, wurde der Offizierstellvertreter Willi Koch, Kavallerie-Schützen-Division, einquartiert in Quader bei Berlin, mit einer Flasche, 12—15 Liter Inhalt, verhaftet und der hiesigen Polizei übergeben, nachdem er auf dem Wege versucht hatte, die Flasche auszulassen zu lassen. Bemerkenswert ist, daß gerade die Kavallerie-Schützen-Division dazu beitragen war, Berlin ihren besonderen Schutz angeheißt zu lassen.

Das Freiwilligenkorps Reinhard, das am Montag im Befehlshaus des Gardekorps erschien und das Kommando befehligte, hat auf Veranlassung des Generalkommandeurs Lüthwig gehandelt. Ein Streik liegt, wie uns berichtet wird, zwar nicht vor, das war ein Mißverständnis, dem wir zum Opfer gefallen sind, aber das Freiwilligenkorps hat den Auftrag, die militärische Sicherheit zu gewährleisten. Gefährdet war die Sicherheit auch im Befehlshaus, rmt nicht, aber es wird verlangt, daß die Wachmannschaften ausgebildet werden. Nur als Polizeiwächter lassen sie den Schutz gegen Einbruch und Diebstahl übernehmen. Im übrigen werden unsere Mitteilungen über das Aussehen dieses Freiwilligenkorps nur bestätigt. Interessant ist, daß Herr Oberst Reinhard Monarchist ist, wogu er selbst sich bekannt hat. Ob die republikanische Regierung das weiß, wäre noch interessanter zu wissen.

Der Brand des Passage-Theaters, Unter den Linden, alarmierte gestern früh um 5 Uhr die Berliner Feuerwehre. Als diese an der Brandstelle in der Behrenstraße und Unter den Linden ankam, hatte der Brand, der erst spät bemerkt worden war und schon einige Zeit dort im obersten Geschoss gewütet hatte, eine solche Ausdehnung erlangt, daß sofort von allen Seiten ein umfassender Angriff mit allen Kräften eingeleitet werden mußte. Der Brandherd lag im westlichen Seitensügel, der Ausstellungsweiden dient. Die Flammen hatten dort und an dem Inhalt der Bodenräume reiche Nahrung gefunden. Der Dachstuhl stand in gefährlicher Ausdehnung in Flammen. Diese gefährdeten besonders das angrenzende Grundstück Unter den Linden 27. Deshalb wurde „Mittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet. In kurzer Zeit waren zahlreiche Feuertreue zur Stelle und konnte nun mit aller Macht angegriffen werden. Dadurch gelang es gegen Morgen, den Brand einzukerkern und schließlich, nach mehrstündiger Tätigkeit, ganz zu löschen. Die vollständige Abkündigung nahm dann noch längere Zeit in Anspruch. Gegen Mittag rückte die Wehr wieder ab. Die Entfischungsurfrage konnte noch nicht aufgelöst werden.

Erstarrtes Gemüse, das bei dem Frostwetter vielfach zum Verkauf kommt, legt man am Abend in kaltes Wasser und läßt es bis zum nächsten Morgen stehen. Es wird dadurch genießbarer.

Schwimmverein „Bormarsch“, Berlin 1897. Sonnabend, den 8. Februar, abends 7 Uhr, außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, Canal 10.

Lebensmittelfest.

Berlin. In den Brotkammern 127—128, 181—182, 182—171, 173, 18, 185—191, 196, 198, 202—205, 207, 209, 211, 213, 215—218, 218, 221, 223—227, 229—230, 233, 236—237, 241, 245 wird vom 6. bis 12. Februar 1919 für jede abgegebene Marke 5 a K Kilogramm Deringe ausgegeben. Die Befreiung richtet sich nach der Lage des Ladens des Kleinhandlers, bei dem der Verbraucher seine Eintragung bewirkt hat. Wohnungsveränderungen, die nach der Eintragung in den Kundenlisten stattgefunden haben, berechtigen nicht zur Entnahme der Deringe. — Entsprechend der Erhöhung der Fleischpreisen wird die auf Bezugschein als Ersatz für Reichsmarktscheine ausgegebene Menge an Rohmitteln (z. B. Oriz oder Weizen) von heute ab bis auf weiteres auf wöchentlich 300 Gramm für die Vollkarte beziehungsweise 150 Gramm für die Kinderkarte festgelegt. — Kaffee-Ersatz. Die Anmeldefrist für den Abschnitt 18 der alten Kaffee-Ersatzkarte läuft am Donnerstag, den 8. Februar ab.

Oranienburg. Mittwoch, den 6. Februar, ohne Voranmeldung auf Nr. 151 der Kinderarten I, II, III je ein Päckchen Lebensmittel zum Preise von 92 Pf. in folgenden Geschäften: Wilmann, Gatz, Kaiser's Kaffeegeschäft. — Auf Nr. 152 der Kinderarten I und II je zwei Päckchen Milchpulver zum Preise von 40 Pf. in folgenden Geschäften: Blyte, Regelin, Wolfram, Bäcker, Stärke. — In sämtlichen Grüntraumgeschäften werden von heute ab Kohlrüben zum Preise von 9 Pf. das Pfund freihändig verkauft.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Donnerstag, den 6. d. M., 7 Uhr abends, Fortsetzung unserer Generalsversammlung, ebenfalls wieder in der Schulkasse Wilmanns-Str. 94. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag und Delegiertenwahl. 2. Besprechung der bevorstehenden Gemeindevahl und der Aufstellung von Kandidaten. — Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Dritter Kreis. 9. Abteilung. Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, öffentliche Volksversammlung. L-D: Was lehren uns die Wahlen? Referent: Genosse Ritter.

Charlottenburg. Heute, Mittwoch, abend 7 1/2 Uhr, findet in allen Gruppen ein außerordentlicher Jahlabend statt. Die Lokale sind im Inseratenteil der Morgenausgabe vom Dienstag angegeben.

Charlottenburg. Der Extra-Jahlabend der 8. Gruppe findet heute bei Marggraf, Dutenstraße 23, statt, nicht Gubnerstraße, wie im Inseratenteil irrtümlich angegeben. Außerdem findet ein Jahlabend noch bei Rippberger, Ernststraße, Ecke Reusselstraße, statt.

Friedensau. Mittwoch, den 6. Februar, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Hohengöllern (Hofier Canal), Eingang durch den Kino, Handjerrstr. Tagesordnung u. a.: Die

Stellungnahme zur Gemeindevahl und Aufstellung der Kandidaten. Der Vorstand schlägt den Mitgliedern folgende, durch ihre langjährige Parteitätigkeit bewährte Genossen resp. Genossinnen als Kandidaten vor: Paul Richter, Handlungsgehilfe, Dismarschstr. 18; Karl Dittmer, Statistiker, Albrecht 21; Georg Memann, Tischler, Jäger 6; Frau Emma Töbe, Rönnebergstr. 4; August Silber, Werkmasser, Louisestr. 22; Hermann Gehring, Chauffeur, Hirschstr. 10; Karl Veredburger, Mechaniker, Bornstraße 12; Karl Brandstedt, Faktor, Büdingstr. 15; Paul Boulich, Redakteur, Kaiser-allee 112; Heinrich Böhmmer, Kassenbeamter, Erdmattstr. 8; Paul Suter, Buchbinder, Schmalbader Straße 7; Emil Weitzel, Schlosser, Wiesbaden-Str. 4.

Berlin-Wilmersdorf. Der neugewählte Vorstand der hiesigen Parteioorganisation setzt sich wie folgt zusammen: Erwahlter Paulian 1. Vorst.; Bogodinski 2. Vorst.; Karl Scholz 1. Schriftführer; Vorst. 2. Schriftf.; Schmal 1. Kass.; Marxson 2. Kass.; Fel. Frau Dardar, Max Belzer als Beisitzer. — Das Parteibureau befindet sich einstmals Restaurant Schilling, Lauenburger Straße 21, und ist jeden Abend, von 7—9 Uhr, geöffnet.

Vorstandsbe. Mittwoch, 6. Februar, abends 7 Uhr, bei Volksschule, Erdstr. 1, Mitgliederversammlung, Mitgliedsbuch legitimiert.

Oranienburg. Mittwoch, den 6. d. M., abends 7 Uhr, im Restaurant zur Hütte, am Bahnhof, Extra-Jahlabend, Tagesordnung: Unsere Gemeindevahlen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Aus aller Welt.

Plünderungen.

Aus Magdeburg meldet B. T. B.: In der Nacht zum Dienstag beging eine etwa 80 Mann zählende, bewaffnete Kette in Soldatenuniform in Magdeburg schwere Ausschreitungen. Die Männer bestreuten durch eine Anzahl von Granatangriffen im Zuhilfenahme 100 Gefangene, raubten das Gebäude aus und plünderten dann auf dem breiten Wege zahlreiche Läden nach Einschlagen der Schaufenster. Die Plünderer waren mit gestohlener Munition versehen. Sie gaben zahlreiche Schreckschüsse ab, doch scheint niemand verletzt worden zu sein.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

„Die Gewerkschaft“, das Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter, berichtet in ihrer Nr. 5 über die Mitgliederbewegung des Verbandes während des Krieges. Danach hatte der Verband am 1. Juli 1914 einen Mitgliederbestand von 54 522. In den ersten Kriegsjahren sank die Mitgliederzahl allmählich. Am 1. Januar 1917 hatte sie mit 25 588 ihren Tiefstand erreicht. Von jetzt ab ist wieder ein ständiges Aufsteigen der Zahlen zu beobachten, bis am 1. Dezember 1918 die Ziffer von 58 808 erreicht war. Bis zum 1. Januar 1919 schnellte die Zahl auf 88 005 in die Höhe; vom 1. Dezember 18 bis zum 1. Januar 19 sind 28 435 Neuaufnahmen gemacht worden. Der Verband hat in der Kriegszeit eine Gesamtzunahme von 50 008 Mitgliedern zu verzeichnen, wovon der überaus größte Teil auf die Zeit nach der Revolution entfällt. Auch im November 1918 sind 8894 Personen dem Verbands beigetreten. Wir sehen auch hier, wie bei vielen anderen Gewerkschaften, ein starkes Anzeichen der Mitgliederzunahme, das auf die Bewegung zurückzuführen ist, die in den Revolutionsmonaten durch die gesamte bisher indifferente Arbeiterchaft geht. „Die Gewerkschaft“ bemerkt zu diesen Zahlen:

„Tadel erscheinen diesmal eine Anzahl großer Willen (u. a. Hamburg) teils wegen Befehlshaber des betreffenden Gebiets, teils wegen postalischer oder anderer Ursachen in der diesmahligen Statistik mit den alten Ziffern. In Wirklichkeit wird sich das Bild noch wesentlich günstiger gehalten, so daß gegenwärtig 100 000 Mitglieder erreicht sind.“

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter befindet sich in der außerordentlich glücklichen Lage, daß er unter der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit viel weniger leidet als die meisten übrigen Gewerkschaften. Er hatte am 1. Januar 1919 nur 885 Arbeitslose in seinen Reihen. Immerhin ist auch hier eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten, denn am 1. Dezember 1918 betrug die Zahl der Arbeitslosen nur 161, am 1. November gar nur 92. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß der Verband durch die Arbeitslosigkeit wenig leiden und seinen Mitgliederbestand stabil halten wird.

Eine starke Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter bekommt in dieser Zeit der Umwälzungen in der Gemeindevverwaltung erhöhte Bedeutung. Eine große Rolle der Gemeindevverwaltungen wird durch die bevorstehenden Wahlen in die Hand der Sozialdemokratie kommen, ein Teil unserer kommunalpolitischen Forderungen wird in Erfüllung gehen. Es wird nicht ohne Bedeutung sein, wenn den sozialistischen Gemeindevverwaltungen eine mochtvolle, disziplinierte Organisation der Gemeindearbeiter zur Seite steht.

Durch den Krieg haben die Gemeinde- und Staatsarbeiter 2007 Kollegen verloren.

Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Willepp, Neukölln. — Verlag „Die Freiheit“ o. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruderei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Möbel-Cohn

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit an jedermann.

Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:

Mo'erne Wohnungseinrichtung

schon für 500 M. Anzahlung.
Einzelne Möbel, farbige Küchen.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise

Sehr kulante Bedingungen und größte Rückzahlung.

Lieferung frei Haus.
Kreuzanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Zähne 2 Mark!

4. — Mark
mit echtem

Friedens-Kautschuk

schöner, natürlicher Farbe bei 5 Jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.

Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Matvani

Danziger Strasse 1
Echte Schönehauser Allee, Eingang Danziger Straße, Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. : :

Zeitungsfrauen.

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt.
Berlin:

- Cito Schumann, Reichstraße 10.
- Elise Kammmerberg 35.
- Marie, Reichenbergstraße 30.
- Walter Paul, Dammstraße 15.
- Edvard, Dammstraße 2.
- Therese, Dammstraße 18.
- Spring, Dammstraße 24, 2. H.
- Marie, Dammstraße 1.
- Schiffbauerdamm 10.

Friedenau:
G. H. K. Reichstraße 31.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutanreinigung, Licht- und Flammen-Behandlung, Quacksilber-Entziehungskuren, Eignung für Bad für elektrische und medikamentöse Bäder, ohne Herabsetzung, Oestrenale Kuren für Damen und Herren.

Aerztlich geleitetes Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz.
Achtung! Lichtenberg!
Die Spedition Engel befindet sich jetzt
Kottelstr. 23, Ecke Alt-Boxhagen.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

bei Männern und Frauen, Herabsetzung, Syphilis, Mucosabrische, Flechten, Leishmanien, Mannschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach
Frimmer Dr. Hermanns erprobten, giftigen Verfahr. wird möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufsverbot Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. einwand. bewährt. künstl. Harnenzyme. Auf Wunsch Sanabo-Behandlung.
Dir. Hermanns, Elsassstr. 42, (4 Min. v. Stadt, Bahnh.)
Sprechst. 10—12 u. 3—7 Uhr.
Ecke Friedenstr. Sonnt. v. 10—11 Uhr vorm.

Freie Jugend Groß-Berlin.

Die älteren Genossen der Gruppe Dorn und Vetterbürgert werden zu einer monatlichen Kundgebung am Mittwoch, den 6. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedenstr. 39 (alte Postkammer), eingeladen.

DETEKTIV MÜLLER

Ermittlungen und Beobachtungen.
Persönliche Friedlung.
Frankfurter Allee 278. Telefon Alexander 5139

Inserate

für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr, spätestens bis 2 Uhr nachm., bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufzugeben sein.

Botenfrauen

sucht
Schulz, Friedenau, Rheinstraße 61.